

## FORUM

### Forschungsergebnisse in der Diskussion: Zwangsarbeitende in Schleswig-Holstein. Ein Gutachten

Im Rahmen der Erforschung des Nationalsozialismus hat die Zwangsarbeit erst relativ spät die eigentlich nötige Beachtung gefunden. Da mit Ulrich Herberts 1985 erschienener Studie *Fremdarbeiter* das Thema längere Zeit als bearbeitet galt, widmeten sich nur wenige Historiker dem Schicksal der ins nationalsozialistische Deutschland deportierten Männer, Frauen, Jugendlichen und Kinder.

Ebenfalls im Jahr 1985 legten Gerhard Hoch und Rolf Schwarz mit dem Band *Verschleppt zur Sklavenarbeit* für Schleswig-Holstein relativ früh eine erste Dokumentation vor, doch auch hier folgten nur wenige, meist lokal fokussierte Untersuchungen und Studien.

Erst als die öffentliche Diskussion um eine Entschädigung jener Menschen, die im „Dritten Reich“ Zwangsarbeit leisten mussten, ab 1999 öffentlich und kontrovers geführt wurde, intensivierte sich fachlicherseits die Schließung der Wissenslücke; zahlreiche Examens-, Magister- und Doktorarbeiten, Symposien und Konferenzen widmeten sich nun dem lange vernachlässigten Thema. Auch die regionale Zeitgeschichtsforschung setzte sich jetzt intensiver mit der Zwangsarbeit auseinander.

Zur Jahreswende 1999/2000 fragte die schleswig-holsteinische Landesregierung beim Institut für Zeit- und Regionalgeschichte an, ob binnen eines halben Jahres ein Gutachten zur Zwangsarbeit in Schleswig-Holstein erstellt

werden könne. Das IZRG nahm den Auftrag an, arbeitete unter hohem Zeitdruck das Gutachten aus und publizierte es sowohl auf der eigenen Website im Internet als auch auf CD; die Buchausgabe erschien Ende 2001.

Während in verschiedenen Internet-Fachforen ein reger Austausch zum Thema Zwangsarbeit stattfand, tauchte eine erste und sehr ausführliche Kritik am IZRG-Gutachten auf: Rolf Schwarz – seit gut 20 Jahren forschend mit der Zwangsarbeit in Schleswig-Holstein befasst und Mitbetreiber der Internet-Seiten [www.zwangsarbeiter-schleswig-holstein.de](http://www.zwangsarbeiter-schleswig-holstein.de) – setzte sich ebendort mit den Ergebnissen der IZRG-Forschungen auseinander und monierte zahlreiche Ungenauigkeiten und Fehlinterpretationen.

Im Herbst 2001 bat sich Uwe Danker in einem Gespräch aus, im Fall eines Abdrucks der Schwarz'schen Kritik in den *ISHZ* im selben Heft darauf eine Erwiderung publizieren zu können, was der AKENS-Vorstand spontan zusicherte. Nachdem in intensivem Austausch eine deutlich gekürzte Druckfassung von Rolf Schwarz' Kritik erstellt wurde, ging diese Rezension Uwe Danker zur Kenntnisnahme zu.

Nachfolgend stellen wir die beiden kontroversen Texte über eine fachwissenschaftlich wie landesgeschichtlich bedeutende Publikation zur Diskussion; Uwe Dankers Beitrag wurde auf seinen ausdrücklichen Wunsch hin nicht redaktionell bearbeitet. **Die Redaktion**

## A. Der gescheiterte Versuch eines Gutachtens durch das IZRG

### Kritik von Rolf Schwarz

Kaum ein Ergebnis historischer Forschungsarbeit wurde in den letzten Jahren in Schleswig-Holstein schon vor der eigentlichen Buchpräsentation so intensiv verbreitet wie das Gutachten *Zwangsarbeitende in Schleswig-Holstein* des Instituts für Zeit- und Regionalgeschichte (IZRG). Seit dem Frühjahr 2000 liegt das Gutachten als Print- und als Internetfassung ([www.izrg.de](http://www.izrg.de)) sowie auf einer käuflich zu erwerben- den CD-ROM vor. Zusätzlich erschien im SHZ-Verlag hierzu eine Artikelserie, die schleswig-holsteinische Landeszentrale für politische Bildung publizierte *Verschleppt nach Schleswig-Holstein. Zwangsarbeitende 1939–1945* als Heft 11 der Reihe *Labskaus*, und auf zahlreichen Vortragsveranstaltungen referierte Institutsdirektor Uwe Danker die Ergebnisse. Im Dezember 2001 erschien dann das überarbeitete Gutachten unter dem Titel „*Ausländereinsatz in der Nordmark*“. *Zwangsarbeitende in Schleswig-Holstein 1939–1945* als Buch.<sup>1</sup>

Bereits im November 2001 kam die ebenfalls vom IZRG erstellte und von der AOK Schleswig-Holstein in Auftrag gegebene Studie „*Wir empfehlen Rück-*

*verschickung, da sich der Arbeits- einsatz nicht lohnt*“. *Zwangsarbeit und Krankheit in Schleswig-Holstein 1939–1945* auf den Markt (nachfolgend *Krankheit* genannt<sup>2</sup>). In Einzelfällen war es notwendig, in der Ausein- dersetzung mit den Ergebnissen sowohl die Printversion des Gutachtens (nach- folgend *Gutachten* genannt) als auch das Buch *Krankheit* zu berücksichtigen.

Bei der nachfolgenden Rezension handelt es sich um eine stark gekürzte Fassung der Internet-Version des Textes, die unter [www.zwangsarbeiter-schleswig-holstein.de](http://www.zwangsarbeiter-schleswig-holstein.de) publiziert ist und in der weitere Aspekte, Beispiele und auch das Buch *Krankheit* angesprochen werden.

Ebenso ungewöhnlich wie die Vermarktungsstrategie des IZRG gestalten sich die selbst gesteckten Ziele, wie im folgenden Abschnitt I. gezeigt wird. Daran anschließend werden in Abschnitt II. die wichtigsten Beiträge der Buchfassung skizziert. Abschnitt III. widmet sich der „Statuserhebung“, in der Uwe Danker verschiedene Aussagen zum „Einsatz ausländischer Arbeitskräfte in Schleswig-Holstein 1939–1945“ trifft.

### I. Die eigenen Ansprüche des IZRG

#### I.1. Die vollständige Dokumentation des regionalhistorischen Forschungsstandes

Der von den Herausgebern des Gutach- tens selbst gewählte Anspruch auf Voll- ständigkeit beinhaltet natürlich ein gro- ßes Risiko, das dann auch bei der Er-

fassung der Literatur sofort virulent wurde; hier wäre der Ort gewesen, noch einmal zentral den erreichten Kenntnis- stand per Bibliografie zu dokumen-

tieren. Die entsprechende Liste – in der Buchform nun vorsichtig „Literaturauswahl“ genannt (S. 593) – erfüllt den explizit formulierten Anspruch jedenfalls nicht: Selbst die in den einzelnen Beiträgen des Gutachtens zitierte Literatur erscheint hier nicht noch einmal komplett aufgelistet, von Publikationen in Sammelbänden und solchen, die das

Thema nur am Rande streifen, ganz zu schweigen. Die Literaturliste erweckt eher den Eindruck des Zufälligen denn der gründlichen Recherche; sie erfasst noch nicht einmal den Stand der 1985 von Margot Knäuper und Detlef Korte zusammengestellten *Bibliographie zum Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein*.<sup>3</sup>

## 1.2. Aktendokumentation

Auch das Ziel, eine möglichst umfassende Aktendokumentation zu präsentieren, konnte nicht erfüllt werden; es fehlen beispielsweise Bestände aus zahlreichen Stadt- und Krankenhausarchiven. Ein Zugriff auf ausländische Quellen ist offensichtlich gar nicht versucht worden.

Das Versprechen („Bezogen auf die gewählten Suchwege könne[n] wir den Anspruch der internen Vollständigkeit erheben“, S. 588) wurde nicht eingelöst. Eine detaillierte Übersicht der vom IZRG erfassten Akten befindet sich im *Gutachten* auf den Seiten 26-34. Was immer genau die oben zitierte Formulierung bedeuten soll – gerade die geschilderten Suchwege weisen in Bezug auf die erfassten Aktenbestände Lücken

auf. Es sind z. B. weder die Akten zum geplanten Bau von Baracken noch die Akten zur Erteilung von Schankkonzessionen in Barackenlagern oder die Polizeiakten durchgängig berücksichtigt worden. Wer die benutzten Quellen für das Buch *Krankheit* betrachtet, merkt, dass die Autoren auf den gleichen Suchwegen wie bei dem Buch „*Ausländereinsatz in der Nordmark*“. *Zwangsarbeitende in Schleswig-Holstein* weitere Bestände gefunden haben, die sie vorher offenbar übersehen hatten. Welche Bedeutung allerdings die Akten des in der Aktenrecherche genannten, aber bereits 1932 aufgelösten Kreises Bordesholm für die Zwangsarbeit besitzen sollen, entzieht sich der Vorstellungskraft des Rezensenten (vgl. S. 592).

## 1.3. Genaue Zahlen und Daten

Einen weiteren Anspruch meinen die Verfasser des Gutachtens realisiert zu haben: „Eine wissenschaftlich abgesicherte Stuserhebung zur Ausländerbeschäftigung in Schleswig-Holstein, die möglichst präzise Zahlen und Daten über Strukturen und Entwicklungen des ‚Fremdarbeitereinsatzes‘ bieten sollte.“ (S. 7). Dieser Anspruch wird auf S. 32f. noch gesteigert: „Denn entgegen der

in regionalhistorischen Publikationen durchgängig zu lesenden Aussagen, man könne keine genauen Daten und Zahlen liefern, ist dieses [...] durchaus machbar.“

Neben der Mitteilung von Zahlenangaben zu bestimmten Stichtagen versucht Uwe Danker eine Gesamtzahl der Zwangsarbeiter für Schleswig-Holstein zu ermitteln. Er geht davon aus, dass

zur Anzahl der am 30. September 1944 (vermuteten) anwesenden 178.074 Ausländer weitere Gruppen hinzuzuzählen wären. Die ca. 2.000 KZ-Insassen, 800–1.000 verstorbene KZ-Häftlinge, Häftlinge des regulären Vollzugs, die aufgrund erster Kritiken nachträglich in die Buchfassung eingefügt, aber zahlenmäßig nicht berücksichtigt wurden<sup>4</sup>, 20.500 Westeuropäer, die vorher in ihre Heimat zurückkehrten, 8.500 Osteuropäer, die krank oder schwanger zurückgeschickt wurden und die ca. 9.000 in Schleswig-Holstein verstorbenen Ausländer.

Durch Addition der genannten Zahlen gelangt Danker zu dem Schluss, dass ca. 225.000 Zwangsarbeiter in Schleswig-Holstein beschäftigt gewesen wären (S. 60), obwohl die Summe 219.074 – also ca. 220.000 – ergibt. Soweit es sich nicht um einen Rechen-

fehler handelt, hätte die Differenz von rund 5.000 durch Danker erklärt werden müssen.

Während Danker die Zahl von 800–1.000 ausländischen KZ-Opfern in seine Berechnungen einfließen lässt, vernachlässigt er den Austausch mit anderen Regionen des Reiches, z. B. den Arbeitsplatzwechsel von Schleswig-Holstein nach Hamburg. Hierzu führt er an: „Diese Quote ist sehr gering.“ (S. 61). Aber allein innerhalb des Zeitraumes vom 1. April 1943 bis 1. April 1944 wechselten über 3.300 Ausländer in andere Provinzen (siehe unten).

Danker zählt außerdem die über 20.000 in Hamburg eingesetzten Kriegsgefangenen für Schleswig-Holstein mit. Diese drei Fälle – weitere folgen später – belegen, dass weder seine Berechnungen noch seine Zahlenangaben als präzise bezeichnet werden können.

#### I.4. Regional- und fachwissenschaftliche Studien

Als weiteres Ziel wurde angekündigt: „Exemplarische fachwissenschaftliche Studien über spezifische Fragestellungen und ausgewählte Regionen des Landes“ (S. 7) zu erstellen. Die im vorliegenden Band nun tatsächlich publizierten Regionalstudien sind aber nicht erst im Rahmen der Erstellung des Gutachtens entstanden. Es handelt sich um vorher abgeschlossene Arbeiten, von denen einige lediglich für die Buchfassung etwas überarbeitet wurden; Danker und Bohn hätten in der Einleitung darauf hinweisen müssen. Eine der Studien – „Heimatlos in Schleswig-Holstein“ – existiert seit vielen Jahren, die anderen bieten dem in der Materie Zwangsarbeit bewanderten

Leser wenig neue Informationen.

Damit könnte eine Besprechung hier enden. Alle Ziele wurden nicht oder nur ungenügend erreicht. Da das Gutachten jedoch so heftig beworben worden ist und die Unzulänglichkeiten damit korrelieren, folgt eine ausführliche Benennung, teilweise Richtigestellung und/oder Ergänzung der größten Fehler bzw. Versäumnisse. Dies erfolgt unter folgenden Prämissen:

- Im Gegensatz zu manch anderer Forschung, die mit großem Einsatz privat finanziert und betrieben wird, handelt es sich bei den Gutachten um geförderte Projekte.
- Dem IZRG lagen zahlreiche Sondernutzungsgenehmigungen vor, die der

bisherigen Forschung verwehrt waren.

Die betreuenden Professoren Danker und Bohn sind hauptberuflich in der historischen Ausbildung und Forschung tätig und sollten diesbezüglich inhaltlich sowie methodisch vorbildliche Ergebnisse aufweisen. In letzterem Zusammenhang sei erwähnt, dass der Rezensent die Art der Quellennachweise teilweise für bedenklich hält. Im *Gutachten* (S. 26-34) wird genau dargestellt, welche Abteilungen (z. B. des Bundesarchivs) durchgesehen wurden. Es folgt die Angabe, ob und inwieweit die Findbücher eingesehen, die Akten bestellt, aus ihnen kopiert oder Zitate aufgeschrieben wurden. Nun verwundert es doch, wenn als Quellenbeleg wiederholt auf Bestände bzw. Akten verwiesen wird, die gar nicht eingesehen wurden. Dieser Vorgang lässt mehrere Schlüsse zu:

1. Die Anmerkungen sind falsch.
2. Das IZRG war nicht in der Lage, die Recherche korrekt wiederzugeben.
3. Die Akten wurden nicht eingesehen, sondern es wurde aus anderen Büchern abgeschrieben.

Angeichts der Tatsache, dass in bisherigen Publikationen des IZRG (bzw. dessen Beschäftigten) ein teilweise fragwürdiger Umgang mit Quellen und fremden Forschungsergebnissen praktiziert wurde, hätte diese neue Publikation des Instituts einen besseren An-

merkungsapparat benötigt. Offensichtlich verbreitet sich diesbezüglich eine nachlässige Vorgehensweise, die fachwissenschaftlich nicht zu akzeptieren ist.

Das *Gutachten* in der Printversion, das laut Literaturliste (*Krankheit*, S. 335) als eigenständige Publikation geführt wird, weist für seine rund 100 Abbildungen nicht eine einzige Quelle nach. In den Büchern *Ausländereinsatz in der Nordmark*, *Krankheit* und im *Labskaus* Nr. 11 wird als Abbildungshinweis lediglich „Landesarchiv Schleswig“ genannt, obwohl nach den Regeln dieses Archivs eine „Veröffentlichung nur mit Angabe von Herkunft und Signatur“ gestattet ist.

Der Beitrag von Danker (*Krankheit*, S. 27-43) verzichtet gänzlich auf Anmerkungen. Das ist fachwissenschaftlich nicht hinnehmbar. Auch die Online-Version des *Gutachtens* hilft dem Interessierten nicht weiter, da sich angeblich „aus arbeitstechnischen Gründen [...] Fußnoten im Internet nicht so darstellen“ lassen. Eine geschickte Formulierung der Verfasser – aber das Problem ist leicht lösbar, es gehören lediglich ein bisschen Fleiß und Verständnis dazu.

Bei den Anmerkungen erfolgt die Zitierweise nicht durchgehend einheitlich, und in mehreren Fällen ist eine Überarbeitung derselben dringend notwendig. Manchmal fehlt die benötigte Anmerkung ganz einfach.

## II. Die Beiträge der Buchausgabe

Obwohl stets als „Gutachten“ angekündigt und bezeichnet, ist die schließlich vorgelegte Buchversion (Uwe Danker, Robert Bohn, Nils Köhler, Sebastian

Lehmann (Hg.): *„Ausländereinsatz in der Nordmark“*. *Zwangsarbeitende in Schleswig-Holstein 1939–1945*, Bielefeld: Verlag für Regionalgeschichte

2001) doch eher ein traditioneller Sammelband, dessen Beiträge sich dem Thema ausschnittartig und nur für bestimmte Regionen annähern. Eine vollständige Berichterstattung für das gesamte Land sucht man vergebens.

Zudem wurden einige der Beiträge bereits früher an anderer Stelle publiziert.

Nachfolgend sollen die neu erstellten Aufsätze des Bandes kurz vorgestellt und in ihrem Erkenntniswert beschrieben werden.

#### II.1. Robert Bohn: Ausländische Zwangsarbeitende in der NS-Kriegswirtschaft. Einführung in die Thematik (S. 9-31)

An der bekannten Literatur orientiert, gibt Bohn eine Einführung in die

Problematik, die nur in Ausnahmefällen Hinweise auf Schleswig-Holstein enthält.

#### II.2. Uwe Danker: Statuserhebung: Ausländer im „Arbeitseinsatz“ in Schleswig-Holstein 1939 bis 1945 (S. 32-102)

Auf diesen aufgrund seines Aussageanspruchs zentral wichtigen Beitrag des

Bandes wird im Abschnitt III. dieser Rezension ausführlich eingegangen.

#### II.3. Nils Köhler/Sebastian Lehmann: Lager, Ausländerunterkünfte und Kriegsgefangenenkommandos in Schleswig-Holstein 1939 bis 1945 (S. 103-174)

Zur von Köhler und Lehmann erstellten Lagerliste zwei Vorbemerkungen:

Brüssel und ließ Mikrofiche der so genannten F-96-Bögen anfertigen. Die Mikrofiche für Schleswig-Holstein gelangten im Frühjahr 2001 ins Landesarchiv in Schleswig. Schröder fand die deutsche Fassung der Bögen, während für die Auswertung in *Verschleppt zur Sklavenarbeit* 1985 die französische Version benutzt worden war. Beide Fassungen unterscheiden sich manchmal im Detail, der wesentliche Unterschied liegt jedoch in der Überlieferung. Während z. B. die französischen Bögen den Kreis Segeberg abdecken, fehlen sie bei den deutschen. Dafür erfassen diese den Kreis Oldenburg.

1. Im *Gutachten* war der Rezensent mit einer leicht überarbeiteten Fassung der Tabelle aus *Verschleppt zur Sklavenarbeit* aus dem Jahre 1985 vertreten. In diesem Beitrag, der im Wesentlichen aus einer Lagertabelle bestand, waren vom IZRG ohne Wissen des Autors Quellenangaben verfälscht worden. Am 7. Dezember 2000 erhielt der Autor die Aufforderung, bis zum 15. Dezember 2000 (!) eine Druckfassung der Liste einzureichen. Da mittlerweile mehrere hundert neue Lager bekannt geworden waren, sah sich der Autor nicht in der Lage, diese so kurzfristig einzuarbeiten. Anstatt einen veralteten Forschungsstand zu veröffentlichen, zog er daraufhin die Tabelle zurück.

2. J. Schröder vom Staatsarchiv Münster recherchierte im Jahre 2000 in

Das IZRG erhebt den Anspruch, dass „die Lagerliste auf transparenter – und neuer – Quellenbasis erstellt“ (Vorwort von Danker und Bohn, S. 8) worden ist. Die Lagerliste soll jedoch nur die Lager erfassen, „die im Rahmen der

umfangreichen Archivrecherchen des Forschungsprojektes ermittelt und belegt werden konnten." (S. 103). Zwar liegen Erkenntnisse über Lager auch in älterer Literatur vor; diese sollten jedoch explizit nicht herangezogen werden<sup>5</sup> – in der Forschung doch wohl eher unüblich, denn das Eingehen auf vorhandene Studien hätte durchaus zu den „Recherchen des Forschungsprojektes“ gehört. Das Ergebnis ist eine Liste, die weit hinter der Tabelle aus dem Jahre 1985 zurückbleibt und den aktuellen Stand um mehrere hundert Lager verfehlt, so dass etwa nur 60 % der bekannten Lager erfasst worden sind.

Inwieweit erfüllen nun die Autoren die selbst gesteckten Ziele? Die in LAS Abt. 415 Nr. 3424/3425 genannten Lager stellen die deutsche Fassung der F-96-Bögen dar und bieten einige neue Informationen. Mit der Quellenangabe BAK Z 42 I, Nr. 255 versehen, tauchen Lagerinformationen aus einer Liste aus dem Jahre 1947 auf. Diese Liste ist ein weiteres Exemplar der Quelle Nr. 3 der

Tabelle aus *Verschleppt zur Sklavenarbeit* von 1985. Es bleiben somit nur wenige neue Lagerinformationen übrig, die durch das Gutachten erbracht worden sind.

Der Anspruch, die Archivrecherchen in die Lagerliste einfließen zu lassen, ist nur zum geringen Teil eingehalten worden. Hierfür drei Beispiele: Zwar wird in den Beiträgen ausführlich der Aktenbestand des Schleswig-Holsteinischen Sondergerichts genutzt, die darin genannten Lager tauchen jedoch nur im Ausnahmefall in der Liste auf. Die vom IZRG recherchierten Akten des Kreises Norderdithmarschen enthalten Dutzende von Informationen über Lager, die sich nicht nur auf den Kreis beziehen; auch sie fehlen. Die Unterlagen in der Abt. 415 Nr. 3424/3425 enthalten im Übrigen nicht nur die F-96-Bögen; so bietet diese Abteilung z. B. für Neumünster Hinweise zu 36 Lagern, in der Lagerliste tauchen jedoch nur drei Hinweise für Neumünster aus diesem Bestand auf. Warum fehlen diese Informationen?

II.4. Nils Köhler: „Während des Krieges, weit im fremden Land.“ Die Perspektive der zwangsarbeitenden Polen und „Ostarbeiter“ in Schleswig-Holstein (S. 175-218)

Köhler verweist eingangs darauf, dass die benutzten Quellen „unzweifelhaft von verschiedenen Einflüssen verfälscht“ sind (S. 175). Außerdem erklärt er, die Auswahl „orientiert sich an der Quellendichte“, so dass viele Aspekte unerwähnt bleiben müssen (S. 176). Im Folgenden schildert er zu verschiedenen Lebensbereichen – beispielsweise Ernährung, Kleidung, Urlaub – die Erlasslage. Die Darstellung der Umsetzung dieser Vorgaben in Schleswig-Holstein kommt etwas zu kurz und ist sehr durch

die Verwertung der Sondergerichtsakten geprägt. Die Beschreibung der Lebenssituation hätte durch die Nutzung der bereits publizierten Lokalforschung konkretisiert werden können. Als Ausgleich für die oben beschriebene schlechte Quellensituation wären bei all ihrer Problematik Berichte von Zeitzeugen und Dokumente aus Privatbesitz sinnvoll gewesen. Dies setzt jedoch einen längerfristigen Forschungsansatz voraus, der auch zu einer besseren „Quellendichte“ führen würde.

## II.5. Markus Oddey: Unnütze Esser oder nützliche Helfer? Die Perspektive der staatlichen, provinziellen und kommunalen Behörden und Verbände (S. 219-273)

Oddey bietet eine Beschreibung der Zuständigkeiten, aber auch der Konkurrenzen zwischen den Behörden auf Reichs-, Provinz- und Kommunalebene, wobei diese unterschiedlich konkret für Schleswig-Holstein ausfällt. Seine Aussage, „dass die Praxis der Behandlung in der Provinz oft stark von der aktuel-

len Erlasslage abwich“, dürfte zutreffen. Sie ist ein Hinweis darauf, dass Forschung in diesem Bereich nur konkret auf den Ort und die Zeit bezogen werden kann und somit die generalisierenden Darstellungen auf Grund weniger Beispiele im Gutachten kritisch zu betrachten sind.

## II.6. Sebastian Lehmann: „Feind bleibt Feind“. Die Perspektive der schleswig-holsteinischen „Volksgemeinschaft“ (S. 274-309)

Unter dem Begriff „Volksgemeinschaft“ versteht Lehmann nicht die NS-Volksgemeinschaft, sondern die Bevölkerung des Landes Schleswig-Holstein. Die Beschreibung fußt weitgehend auf drei Quellenbeständen: den Berichten der verschiedenen NS-Organisationen aus dem Jahre 1941, den Meldungen des Sicherheitsdienstes aus dem Reich und den schleswig-holsteinischen Sondergerichtsakten. Letztere bilden den Schwerpunkt.

Besonders angesichts der oft einseitigen Quellenbasis – darauf verweist Lehmann selbst – sollte er mit Wertungen zurückhaltender umgehen: „Bei drohendem Autoritätsverlust wurden vor allem Polen und ‚Ostarbeiter‘ mitleidslos verfolgt und bestraft. Dies stieß oft auf den ungeteilten Beifall, zumindestens aber nicht auf nennenswerten Widerstand in der Landbevölkerung.“

(S. 309) Beispiele aus Schleswig-Holstein für den oft „ungeteilten Beifall“ liefert er keine.

Auf die Beiträge von Jörg Tillmann-Mumm (Die Kieler Rüstungsindustrie und der ‚Fremdarbeitereinsatz‘ 1939 bis 1945, S. 310-346), Michael Derner (‚Fremdarbeiter‘ im Kreis Rendsburg, S. 347-376), Harro Harder (‚Fremdarbeiter‘ und Kriegsgefangene in Dithmarschen 1939–1945, S. 377-393), Christian Rathmer (‚Ich erinnere mich nur an Tränen und Trauer‘. Zwangsarbeit in Lübeck 1939 bis 1945, S. 394-417) und Hannes Harding (Heimatlos in Schleswig-Holstein. Das Schicksal der ehemaligen Fremdarbeiter und Kriegsgefangenen: Vergessene Opfer des Nationalsozialismus, S. 506-512) soll nicht näher eingegangen werden, da die genannten Aufsätze bereits vor dem Gutachten existierten.

## II.7. Barbara Günther: „Die Mauer des Schweigens abtragen“. Kriegsgefangene und Zwangsarbeitende in Stormarn 1940 bis 1947. Ein Ausstellungsprojekt (S. 418-439)

Günther beschreibt die Erfahrungen mit einem Ausstellungsprojekt, das im

Herbst und Frühwinter 1996 in Bad Oldesloe realisiert wurde.

## II.8. Birte Claasen und Michael Derner: „Fremdarbeiter“ vor dem schleswig-holsteinischen Sondergericht. Zum Quellenwert der überlieferten Akten (S. 440-474)

Mit diesem Beitrag stellen die beiden Verfasser einen weiteren neben die vielen bereits erschienenen Artikel über die Sondergerichtsakten. Zwingend notwendig wäre es in diesem historisch-juristischen Beitrag jedoch gewesen, einen deutlichen Hinweis mit entsprechenden Beispielen aus Schleswig-Holstein zu geben, dass andere Gerichtsinstanzen ebenfalls in die juristische Verfolgung von Zwangsarbeitenden eingebunden waren. Eine Ergänzung der Liste der Gerichtsverfahren durch entsprechende Ortsangaben wäre anregend für die lokale Forschung gewesen. Zweifellos bieten die Akten interessante

Hinweise – nicht nur zur Geschichte der Zwangsarbeit.

Weil der Aktenbestand so gut erschlossen ist, wird aus ihm in fast allen Beiträgen des Gutachtens zitiert. Welche Gefahr der einseitigen Darstellung mit der häufigen Nutzung der Gerichtsakten verbunden ist, mag das prozentuale Verhältnis ausdrücken: Gegen 594 Personen ausländischer Nationalität wurde vor dem Sondergericht verhandelt. Das sind 0,264 % der von Danker geschätzten 225.000 Zwangsarbeiter. Die von den Gerichtsakten geprägten Darstellungen orientieren sich aber an der Ausnahme und nicht an der Regel.

## II.9. Nils Köhler: „Europa siegt“. Die propagandistische „Betreuung“ von „Fremdarbeitern“ (S. 474-495)

Auf einen interessanten Aspekt verweist Nils Köhler, indem er die propagandistische „Betreuung“ von Fremdarbeitern im Allgemeinen darlegt. Diese „Betreuung“ diente der Werbung für NS-Organisationen, der Steigerung der Arbeitsleistung und sollte durch die Betonung der kulturellen und nationalen Unterschiede eine Solidarität unter den Zwangsarbeitern erschweren. Inwieweit

diese ‚Betreuung‘ in Schleswig-Holstein umgesetzt und gegebenenfalls von Erfolg gekrönt war, bleibt ziemlich offen.

Neben einem Aufsatz von Klaus Fischer (Zur Entschädigung von in Schleswig-Holstein eingesetzten Zwangsarbeitern, S. 534-571) existieren noch kürzere Beiträge, auf die hier nicht weiter eingegangen werden soll.

## III. Anmerkungen zu Uwe Dankers „Stuserhebung: Ausländer im ‚Arbeitseinsatz‘ in Schleswig-Holstein 1939–1945“

### III.1. Verlauf der Ausländerbeschäftigung

In seinen Ausführungen bezieht sich Danker auf Informationen aus der Zeitschrift *Der Arbeitseinsatz im Großdeutschen Reich* (zukünftig *Arbeitseinsatz*).<sup>6</sup> Es gelingt ihm jedoch nicht, den

Verlauf der Ausländerbeschäftigung korrekt wiederzugeben. Er unterschlägt Schwankungen, für die ihm wahrscheinlich die Erklärungsmuster fehlen, und glättet den Verlauf: „Im Sommer 1942

wird die Marke der 100.000 überschritten. Ein Jahr später liegt die Gesamtzahl bei 122.000, bleibt **sehr stabil** [Hervorhebung R.S.] auch im Winter, um 1944 mit 134.000 im Spätsommer den Höchststand der von der Arbeitsverwaltung gesteuerten zivilen Auslän-

derbeschäftigung zu erreichen." (S. 41, siehe auch Diagramm 14, S. 56)

Die nachfolgende Tabelle verdeutlicht den Widerspruch zwischen dem durch Danker geglätteten Verlauf der Beschäftigung 1943/44 und den Angaben aus dem *Arbeitseinsatz*.

Datum	Angaben Danker	Angaben <i>Arbeitseinsatz</i>
10.7.1942	99.693	99.693
31.3.1943	keine Angabe	114.730
15.5.1943	keine Angabe	120.139
30.6.1943	121.915	121.915
15.8.1943	keine Angabe	125.697
30.9.1943	keine Angabe	128.801
15.11.1943	keine Angabe	128.320
31.12.1943	121.687	121.687
15.2.1944	keine Angabe	125.515
31.3.1944	keine Angabe	121.725
15.5.1944	keine Angabe	125.033
30.6.1944	122.885	122.885
15.8.1944	keine Angabe	125.608
30.9.1944	134.167	134.167

Insbesondere die unterschlagenen Veränderungen im November/Dezember 1943, Februar/März 1944 und Mai/Juni 1944 bedürfen eines Erklärungsver-suches.

Zu verschiedenen Stichtagen werden im *Arbeitseinsatz* ausgewählte Entwicklungsdaten für Ausländer im Reich und auch in Schleswig-Holstein veröffentlicht, die von Danker übersehen wurden. Es gab Angaben über den Wechsel

der Ausländer in einen anderen Gau-arbeitsamtsbezirk und die Abwanderung ins Ausland. Die Schwankungen in der Ausländerbeschäftigung werden im *Arbeitseinsatz* für Schleswig-Holstein nochmals genauer nach Frauen und Männern aufgeschlüsselt. Die unterschiedliche Entwicklung bei Männern und Frauen muss bei einer Ermittlung von Gesamtzahlen berücksichtigt werden.

Datum	Männer	Frauen
15.11.1943 – 31.12.1943	- 5.735	- 898
15.2.1944 – 31.3.1944	- 4.527	+ 737
15.5.1944 – 30.6.1944	- 2.428	+ 280

Während die Informationen über den Wechsel in einen anderen Arbeitsamtsbezirk und die Abwanderung aus

Schleswig-Holstein ins Ausland zwischen dem 1. Oktober 1943 und 31. März 1944 eine Gesamtzahl von 7.269

Personen ergeben (siehe III.6., „Hinweise zur Fluktuation“), sollen zwischen dem 15. November 1943 und dem 1. April 1944 insgesamt 11.160 ausländische Menschen die Provinz verlassen haben. Auf den ersten Blick widersprechen sich hier die Zahlenangaben aus dem *Arbeitseinsatz*.

Eine mögliche Erklärung für diesen Widerspruch könnte sich bei F. Littmann<sup>7</sup> finden. Sie weist auf die Folgen der Bombardierung Hamburgs Ende Juli 1943 hin. Zahlreiche ausländische Arbeitskräfte wurden nach Schleswig-Holstein evakuiert, die jedoch möglichst schnell nach Hamburg zurückgeholt werden sollten. So könnten Firmen wie z. B. die Lübecker Dräger-Werke, die auch in Hamburg produzierten, ihre Zwangs-

arbeiter vorübergehend in Schleswig-Holstein eingesetzt haben, ohne ein neues Arbeitsverhältnis zu begründen. Diese wären deshalb in der Wanderungsbewegung eventuell nicht erfasst worden, da lediglich ein Orts-, aber kein Arbeitgeberwechsel vollzogen wurde.

Es geht im Hamburger Randgebiet bei diesen Größenordnungen von einigen Tausend eben nicht darum, wie der Verfasser salopp formuliert, „ob Arbeitskräfte, die in Hamburg untergebracht und beschäftigt wurden [...] etwa im Tiefbau auch mal in Schleswig-Holsteins Boden buddelten.“ Dies würde „in absurde Bereiche kleinteiliger Zählerei [führen], die allenfalls in der Heimatgeschichtsschreibung Relevanz entfalten kann“ (S. 35, Anm. 10).

### III.2. Einsatz der Kriegsgefangenen

Bei der Darstellung der räumlichen Zuständigkeiten unterlaufen Danker Fehler, indem er die unterschiedliche Zugehörigkeit Hamburgs übersieht, das mal zum Stalag XB und dann wieder zum Stalag XA gehörte. Statt einer korrekten Beschreibung der Organisation des Kriegsgefangenenwesens konstruiert Danker einen Pendeleffekt zwischen den beiden Stammlagern. Trotz detaillierter Hinweise auf diesen Fehler behielt er diese Konstruktion im Wesentlichen für die Buchform bei.

Dabei wäre bei einer korrekten Auswertung des *Arbeitseinsatzes* alles ganz einfach gewesen. Danker übersieht hier die Rubrik „Die Arbeitseinsatzlenkung im Großdeutschen Reich“. Sie belegt, inwieweit das Arbeitsamt an der Einweisung von Kriegsgefangenen in Arbeitsplätze beteiligt war. Danker versäumt

es, diese Daten mit den Belegungszahlen des Stammlagers XA abzugleichen. So ergibt sich, dass die Steigerung der Kriegsgefangenenzahlen durch „italienische Kriegsgefangene“ (S. 57) im Herbst 1943 überwiegend Hamburg und nicht Schleswig-Holstein zugute kam. Von September 1943 bis April 1944 wurden insgesamt 23.275 Kriegsgefangene in Hamburg in Arbeitsplätze vermittelt, während es in Schleswig-Holstein lediglich 6.866 waren.<sup>8</sup>

Statt einer fehlerhaften Konstruktion zur Verteilung der Kriegsgefangenen zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein hätte Danker bei einer gründlichen Durchsicht des *Arbeitseinsatzes* neben Hinweisen zur Einweisung der Kriegsgefangenen in Arbeitsplätze eine präzise Zahl erhalten. Im Heft Nr. 4/5 werden für den 15. Februar 1944 nicht nur

die zivilen Arbeitskräfte, sondern auch die Kriegsgefangenen nach Gauarbeitsamtsbezirken und Branchen aufgelistet.

In Schleswig-Holstein arbeiteten zu diesem Zeitpunkt 37.892 Kriegsgefangene, in Hamburg waren es 26.081.<sup>9</sup>

### III.3. Beschäftigungshöhepunkt

Danker führt aus, dass „der absolute Höhepunkt der registrierten und statistisch ausgewiesenen Ausländer- und Zwangsbeschäftigung in Schleswig-Holstein“ mit 186.363 Ausländern am 31.12.1943 vorliegt (S. 57).<sup>10</sup> Selbst unter Berücksichtigung des Fehlers, dass er die Hamburger Kriegsgefangenen mitzählt, unterliegt er auch hier einem Irrtum, da er die höhere Anzahl von 128.320 zivilen Ausländern im November 1943 unterschlägt (siehe III.1., Verlauf der Ausländerbeschäftigung). Zusammen mit den 61.597 Kriegsgefangenen des Stammlagers XA wäre die größte Anzahl im November 1943 mit 189.917 Personen gegeben gewesen.

kommen zunächst einmal für die Zeit ab April 1943 – Hamburg unterstand statt dem Stalag XB nun wieder dem Stalag XA – überhöhte Zahlenangaben zustande. Dadurch entsteht dann im Diagramm 14 der Eindruck, dass die Ausländerbeschäftigung gegen Ende des Jahres 1944 in Schleswig-Holstein im Vergleich zum Jahresende 1943 um rund 8.300 abgenommen hätte (S. 56, Diagramm 14). Dies entspricht aber nicht der Realität.<sup>11</sup>

Durch den Fehler Dankers, die Hamburger Kriegsgefangenen mitzuzählen,

Im September 1944 wurden 19.055 italienische Militärinternierte in den Zivilstatus entlassen.<sup>12</sup> Diese Zahl findet ihre Bestätigung in den Angaben des *Arbeitseinsatzes* über die Beschäftigungsverhältnisse der männlichen und weiblichen Italiener in Schleswig-Holstein und Hamburg:

Datum	S-H männlich	S-H insgesamt	HH männlich	HH insgesamt
30.6.1944	2.521	2.614	885	951
30.9.1944	5.204	5.300	17.283	17.376

Die Zunahme der männlichen italienischen Zivilarbeitskräfte zwischen dem 30. Juni und dem 30. September 1944 um insgesamt 19.081 für Schleswig-Holstein (2.683) und Hamburg (16.398) entspricht ziemlich genau der Abnahme der italienischen Militärinternierten um 19.055 und der Reduzierung der Belegzahlen des Stammlagers XA zwischen dem 1. September und dem 1. Oktober 1944 um 19.017. Die Zahl der im Arbeitseinsatz befindlichen Kriegsgefangenen reduzierte sich im gleichen Zeit-

raum um 18.550.

Ausgehend von den im *Arbeitseinsatz* genannten 37.892 Kriegsgefangenen im Februar 1944 in Schleswig-Holstein (Hamburg 26.081) können unter Hinzuziehung der Angaben über die Einweisung von Kriegsgefangenen in Arbeitsplätze, der Beschäftigungsverhältnisse der Italiener und der Zahlen über die im Arbeitseinsatz befindlichen Kriegsgefangenen genauere Daten über die Kriegsgefangenen in Schleswig-Holstein (und Hamburg) abgeleitet werden.

Datum	Kriegsgefangene	zivile Ausländer	Gesamtzahl
Dezember 1943	ca. 37.000	121.687	ca. 158.000
15. Februar 1944	37.892	125.515	163.407
September 1944	ca. 35.000	134.167	ca. 169.000

Lediglich für den 15. Februar gibt es eine präzise Zahl der Ausländer im Zwangsarbeitseinsatz in Schleswig-Holstein. Mit dem Vorbehalt, dass sich die Zahlen und Daten aus dem *Arbeits-einsatz* nicht immer zu 100 % mit denen des Stammlagers XA decken, ergibt sich, dass der Höhepunkt des Zwangsarbeitseinsatzes am 30. September 1944

oder später lag.<sup>13</sup>

Wieder führte die fehlende Bereitschaft Dankers, sich intensiver mit Quellen zu beschäftigen, zu krassen Fehlansagen. Weder liegt der Höhepunkt des Ausländereinsatzes auf dem 31.12.1943, noch hat sich die Anzahl der Ausländer in Schleswig-Holstein zum 30.9.1944 verringert.

#### III.4. Verteilung nach Branchen: Die ausländischen Arbeitskräfte in Schleswig-Holstein am 15.8.1944

Die von Danker vorgenommene Einteilung in Branchen (S. 46f., Diagramm 6 und 7) ist kaum durchschaubar, da nicht alle Ausgangsdaten exakt aufgeführt werden. Es gibt im *Arbeitseinsatz* keine Kategorie „metallverarbeitende (Rüstungs-)industrie“<sup>14</sup> und auch keinen „Öffentlichen Dienst“. Eine bloße Erläuterung, dass „für den gesamten Betrachtungszeitraum ein einheitliches, 58 Sparten umfassendes System der Zuordnung“ erfolgte (S. 46), reicht nicht aus.

Woher soll der Leser wissen, was

sich hinter der von Danker durchgeführten Zuordnung verbirgt: „Branche Landwirtschaft“ wurde generiert aus den Sparten 1-6, 30-35; ‚Branche Industrie‘ aus den Sparten 7-29, 36-38; ‚Branche Bau/Dienstleistungen‘ aus den Sparten 39, 41-43, 48, 57-58; ‚Branche Öffentlicher Dienst‘ schließlich aus den Sparten 40, 44-47, 49-56.“ (S. 46, Anmerkung 32). Um die Fehler des Vorgehens von Danker näher zu erläutern, erfolgt nachstehend die detaillierte Auflistung der „Branche Landwirtschaft“.<sup>15</sup>

Wirtschaftszweig	Ausländische Beschäftigte
1. Landwirtschaft, Tierzucht, Gärtnerei	51.322
2. Forst-, Jagdwirtschaft, Fischerei	973
3./6. Bergbau	582
30./35. Nahrungs-, Genußmittelgewerbe	4.380

Entsprechend seiner oben zitierten „Generierung“ kommt Danker somit zu folgendem Ergebnis: „Mit über 57.000 Beschäftigten oder knapp 46 % überwiegt noch in der Spätphase des Krieges ganz eindeutig die Landwirtschaft,

die in kaum nennenswertem Umfang Forstwirtschaft und Landeskulturarbeiten mit einschließt.“ (S. 46).

Die Größenordnung „über 57.000“ ergibt sich aus der Addition der Angaben für die Wirtschaftszweige 1., 2., 3./6.

und 30./35. Es kann mit Fug und Recht gefragt werden, warum das Nahrungs- und Genussmittelgewerbe – das er auf Seite 46 nicht miterwähnt – von Danker der Landwirtschaft zugerechnet wird? Selbst für den Bergbau ist diese methodische Vorgehensweise sehr fragwürdig: So liefert der *Arbeitseinsatz* Nr. 7/43 neben der Untergliederung in die Wirt-

schaftszweige auch eine Unterteilung in Berufsgruppen, dort werden Nahrungs- und Genussmittelwerker sowie Bergleute und verwandte Berufe nicht mit zu landwirtschaftlichen gezählt. Die von Danker durchgeführte Einteilung in Branchen ist auch in anderen Fällen zweifelhaft. Sie entspricht seinen Vorstellungen, aber nicht der historischen Wahrheit.<sup>16</sup>

### III.5. „Überdurchschnittliche Partizipation“

Danker stellt für den 30. Juni 1943 und für den 15. September 1944 eine höhere Beschäftigungsquote der Ausländer in Schleswig-Holstein als im Deutschen Reich fest. Zur Begründung für die „überdurchschnittliche Partizipation“ führt er aus: „Die Ursache für diese ‚positiven‘ Abweichungen vom Reichsdurchschnitt liefert die Wirtschaftsstruktur der Provinz, die mit Landwirtschaft und Rüstungsproduktion eine enge Übereinstimmung mit den generellen Prioritäten der NS-Ausländerbeschäftigung ergab.“ (S. 70).

In diesem Zusammenhang reicht es nicht aus, lediglich einige Daten zur schleswig-holsteinischen Wirtschaft zu nennen (S. 67). Um diese These zu untermauern, wären weit mehr Daten zum Vergleich mit der Reichsebene und

anderen Provinzen notwendig gewesen.

1. Die bloße Nennung des für Schleswig-Holstein vielleicht typischen Wirtschaftszweiges „Landwirtschaft, Tierzucht, Gärtnerei“ reicht als Erklärung für eine hohe Ausländerbeschäftigung nicht aus, es müssen regionale Fakten berücksichtigt werden. Anders ist die breite Spanne des Beschäftigungsgrades im damaligen Deutschen Reich nicht erklärbar. Zur Verdeutlichung der Problematik seien in der nachfolgenden Tabelle Zahlenangaben aus dem *Arbeitseinsatz* Nr. 10/11 von 1943 genannt: Warum ist der Anteil der Ausländer an allen landwirtschaftlich Beschäftigten im ebenfalls agrarisch geprägten Mecklenburg noch wesentlich höher als in Schleswig-Holstein, während er anderswo niedriger ist?

Arbeitsamtsbezirk	Beschäftigte i. d. Landwirtschaft	Ausländer	Anteil
Schleswig-Holstein	93.488	46.747	50,0 %
Hamburg	10.651	2.967	27,8 %
Danzig-Westpreußen	257.318	50.649	19,6 %
Mecklenburg	122.880	77.008	62,6 %

2. Auch ein Blick auf den Wirtschaftszweig „Maschinen-, Kessel-, Apparate- und Fahrzeugbau“ ergibt ein ähnliches Bild. Bei 103.434 Beschäftigten in Schleswig-Holstein betrug der Auslän-

deranteil mit 21.430 Personen in der Provinz 20,7 %. In Oberschlesien lag er bei nur 10,2 %, in der Mark Brandenburg waren es dagegen 37,1 % (*Arbeitseinsatz* Nr. 10/11 v. 1943).

3. Der Rezensent hatte in den „Ersten kritischen Anmerkungen“ darauf hingewiesen, dass der Faktor Rüstungsproduktion als alleiniges Erklärungsmuster für einen überproportionalen Einsatz von Zwangsarbeitern in der schleswig-holsteinischen Industrie nicht ausreicht. Als Beleg führte er die Auflistung „Gefolgschaftsbewegungen ausgewählter Kieler Betriebe Januar – Mai 1943“ im Beitrag von Jörg Tillmann-Mumm an (*Gutachten*, S. 296). Diese Aufstellung ergab bei einem Durchschnittswert von ca. 17 % unterschiedlich hohe Anteile der Ausländerbeschäftigung bei der Kriegsmarinewerft (21 %), der Deutschen Werke Werft (15 %) und bei der Firma Anschütz & Co mit 9 % für den Monat Mai 1943. Die Aufstellung, die insgesamt acht Rüstungsbetriebe erfasste, erschien in der Buchfassung nicht mehr.

4. Die in der von Danker gebildeten „Branche Industrie“ beschäftigten Ausländer stellen rund 35 % aller Zwangsarbeiter in Schleswig-Holstein. Reichsweit waren es rund 40 %. Der Hinweis auf die Industrie reicht also als Grund für eine überdurchschnittliche Partizipation allein nicht aus.

5. Ohne weitere Daten gerät Danker mit seinen eigenen Aussagen in Widerspruch: Der im Provinzvergleich geringere Anteil von „Ostarbeitern“ in Kiel (36 %) wird mit der Wirtschaftsstruktur

(Rüstungsbetriebe) begründet (S. 51). Der noch geringere Anteil von nur 30 % ‚Ostarbeitern‘ im Kreis Schleswig wird dagegen nach Ansicht des Autors von der starken „landwirtschaftlichen Wirtschaftsstruktur des Kreises verursacht“ (S. 75). In Schleswig-Holstein lag am 30. September 1944 der Anteil der „Ostarbeiter“ mit 42,3 % erheblich über dem Reichsdurchschnitt von 36,4 % (S. 69). Welche Wirtschaftsstruktur führt nun zum signifikant größeren Anteil der „Ostarbeiter“ in Schleswig-Holstein, fragt sich der Rezensent, wenn doch die schleswig-holsteinische Wirtschaft durch relativ hohe Anteile an der Landwirtschaft und Rüstungsproduktion geprägt sein soll (S. 67)?<sup>17</sup>

Als Reaktion auf die ersten kritischen Anmerkungen zur These von der „Überdurchschnittlichen Partizipation“ Schleswig-Holsteins in Bezug auf die Beschäftigung von Ausländern schreibt Danker: „Daß eventuell andere Gauen noch stärker vom Durchschnitt nach oben abwichen als Schleswig-Holstein ist damit keineswegs ausgeschlossen“ (S. 70). So sollte ein Professor für Geschichte auf die Kritik der fehlenden Einordnung Schleswig-Holsteins in die Verhältnisse im Reich nicht reagieren. Schleswig-Holstein hatte keine Spitzenposition. Am 15. November 1943 wiesen von 41 Gauarbeitsamtsbezirken elf einen größeren Ausländeranteil auf.

### III.6. Hinweise zur Fluktuation

Danker gibt an, dass für „arische“ Dänen und zunächst auch für Holländer und Belgier die Möglichkeit der Vertragsbeendigung und regulären Heimkehr bestand. Westliche „Fremdarbeiter“ nutz-

ten zudem den Heimaturlaub zum Untertauchen. Um diese Faktoren bei der Berechnung einer Gesamtzahl aller im Zeitraum von 1939 bis 1945 in Schleswig-Holstein eingetroffenen Ausländer

angemessen zu berücksichtigen, geht er davon aus, dass der Anzahl der am 30. September 1944 hier anwesenden Ausländer weitere hinzugezählt werden müssen. Für „Ostarbeiter“ und Polen nimmt er eine Zahl von 8.500 an, die vorzeitig – krank oder schwanger – in die Heimat abgeschoben worden sind. Für westliche „Fremdarbeiter“ geht er „von einem konservativen Austauschfaktor 0,5 aus, so daß etwa 20.500 ausländische Arbeitskräfte westlicher Herkunft der statistischen Beschäftigtenzahl vom 30.9.1944 hinzuzufügen wären.“ (S. 59f.)<sup>18</sup>

Diese Ausführungen Dankers enthalten mehrere Fehler:

1. Diese numerischen Annahmen dürften sich als zu niedrig erweisen und sind wohl nur mit einer mangelhaften Auswertung der benutzten Quelle *Der Arbeitseinsatz im Großdeutschen Reich* zu erklären. Im *Arbeitseinsatz* werden nämlich nicht nur die Zahlen der ausländischen Arbeitskräfte aufgelistet, sondern es gibt weitere Rubriken, die offensichtlich übersehen worden sind:

- a) die **Einstellungen und Entlassungen** der Arbeiter und Angestellten im Großdeutschen Reich auf Grund der Arbeitsbuchkartei.
- b) die **Wanderungsbewegung** der Arbeiter und Angestellten im Großdeutschen Reich auf Grund der Arbeitsbuchkartei.

Die erste Rubrik enthält lediglich Hinweise auf den **Wechsel des Arbeitsplatzes**: Vom 1. April bis 30. Juni 1943 wurden z. B. in Schleswig-Holstein 14.687 Ausländer/innen eingestellt und 9.499 aus Arbeitsverträgen entlassen. Die zweite Rubrik verzeichnet dagegen eindeutige Angaben über das Verlassen

Schleswig-Holsteins ins Ausland oder in eine andere Provinz und über einen entsprechenden Zuzug:

Allein zwischen dem 1.4.1943 und dem 31.3.1944 kehrten 14.327 Zwangsarbeiter **ins Ausland** zurück. Es dürfte somit für den gesamten Zeitraum von 1939–1945 eine erheblich höhere Anzahl als die im Gutachten geschätzten 29.000 vorzeitigen Rückkehrer zu berücksichtigen sein.

2. Zusätzlich ergeben sich aufschlussreiche Hinweise über den Wechsel in einen anderen Arbeitsamtsbezirk. Danker hätte in dieser Hinsicht nicht erneut spekulieren müssen: „Diese Quote ist sehr gering.“ (S. 61) Innerhalb des Zeitraumes vom 1. April 1943 bis zum 31. März 1944 wurden 3.379 Zwangsarbeiter aus Schleswig-Holstein in einen anderen Arbeitsamtsbezirk abgezogen. Wie hoch mag ihre Anzahl im Verlaufe des ganzen Krieges gewesen sein?<sup>19</sup>

3. Die Berechnungen Dankers stimmen nicht. Bei einem Austauschfaktor von 0,5 ergibt sich eine Anzahl von ca. 20.500 zusätzlichen westlichen Ausländern nur, wenn am 30. September 1944 etwa 41.000 Angehörige der westlichen Nationen in Schleswig-Holstein beschäftigt gewesen wären. Offensichtlich nimmt Danker als westliche Arbeitskräfte die in Diagramm 3 (S. 43) genannte Anzahl (40.529) der „Nichtpolen“ und „Nichtostarbeiter“. Darunter befanden sich aber u.a. 4.154 Ukrainer und 2.075 Balten.<sup>20</sup>

4. Wiederum ein Fall, in dem Danker seine These (Austauschfaktor von 0,5) nicht an der vorhandenen Literatur überprüft: Christian Rathmer ermittelte allein für Lübeck während der Kriegszeit 9.000 beschäftigte Dänen.<sup>21</sup> Am

30. September 1944 verzeichnet der *Arbeitseinsatz* 2.703 dänische Arbeitskräfte für Schleswig-Holstein. Friedrich Stamp gibt den DAF-Lagebericht für den Oktober 1941 mit insgesamt 7.380 Italienern wieder.<sup>22</sup> Am 15. Februar 1944 arbeiteten nur noch 2.435 Italiener in der Provinz. Während des Krieges arbeiteten rund 630.000 Niederländer im Deutschen Reich.<sup>23</sup> Am 30. September 1944 befanden sich reichsweit rund

250.000 Niederländer im Arbeitseinsatz. Diese drei Beispiele weisen auf einen wesentlich höheren Austauschfaktor als 0,5 hin und hätten zu weiteren Recherchen führen müssen.

Dankers schematische Übertragung der (lückenhaften) Daten des Landkreises Schleswig auf die Provinz gleicht der Aussage, dass ein Läufer, der 100 m in 10 Sekunden schafft, für 1.000 m 100 Sekunden benötigt.

### III.7. Der Kreis und die Stadt Schleswig

Da die Zahlenangaben nicht kontrollierbar sind, sollen hier nur ein paar Bemerkungen folgen:

1. Auch bei den Ausführungen zum Kreis Schleswig und zur Stadt fehlen wesentliche Hinweise zur wirtschaftlichen Struktur. Weder die Ergebnisse der Volks- und Berufszählung noch die Ergebnisse der nichtlandwirtschaftlichen Betriebsstättenzählung von 1939 werden berücksichtigt – mit fatalen Folgen bei den Ausführungen zum Beschäftigungsgrad in der Landwirtschaft.

2. Für seine Schlussfolgerungen berücksichtigt Danker keine Akten der Kreisverwaltung, obwohl zahlreiche recherchiert worden sind. Er beschreibt die Versicherungszahlen der AOK, aber nicht die Situation im Kreis Schleswig. Statt der angeblichen zwölf – „Nichtpolen“ und „Nichtostarbeiter“ – Fremdarbeiter am 1. März 1941 (S. 75) im Kreis Schleswig befanden sich dort erheblich mehr Beschäftigte dieser Zuordnung. Allein in Jagel und Kropp arbeiteten zu diesem Zeitpunkt 95 Dänen.<sup>24</sup> Für die gesamte Kriegszeit ermittelt Danker 16 landwirtschaftliche Betriebe in Erfde (S. 93), die Zwangsarbeiter

einsetzten. Die Listen der Kreisverwaltung für die Jahre 1940 und 1941 benennen bereits mehr Arbeitgeber.<sup>25</sup> Weitere Beispiele aus den Kreisakten ließen sich anführen.

3. Im Hilfskrankenhaus Büdelsdorf tauchen im Aufnahmebuch für eine Woche im April 1945 alleine vier Krankenversicherungsträger, z. B. die Reichsbahn-Betriebskrankenkasse, für Zwangsarbeiter auf. Warum sollte die Reichsbahn im Kreis Schleswig anders als im Kreis Rendsburg versichert haben?

4. Signifikante Abweichungen bei den verschiedenen Nationalitäten lösen bei Danker kein Nachdenken aus und werden mit den ermittelten Daten nur unzureichend erklärt, weil diese Daten wiederum nicht fundiert sind: Den im Vergleich zur Provinz geringen Anteil von Polinnen im Kreis Schleswig (S. 77) erklärt Danker mit der Umwandlung polnischer Kriegsgefangener in „Zivilarbeiter“, wodurch der Anteil der männlichen Zwangsarbeiter aus Polen erheblich gesteigert worden sei. Dieser Vorgang erfolgte allerdings in der gesamten Provinz. Danker müsste beweisen, dass im Kreis Schleswig erheblich

mehr polnische Kriegsgefangene in den Zivilstatus überführt wurden als sonst in Schleswig-Holstein. Zu den markanten Abweichungen bei den Nationalitäten verweist er auf die starke landwirtschaftliche Wirtschaftsstruktur des Krei-

ses. Der Anteil der in „Landwirtschaft und Forsten“ Berufstätigen des Kreises Schleswig lag anlässlich der Volkszählung von 1939 aber am unteren Ende der Landkreise (siehe Abschnitt III.5., „Überdurchschnittliche Partizipation“).

### III.8. Kreis Schleswig: Beschäftigungsgrad in der Landwirtschaft

Mit Hilfe der durch die AOK-Liste aus Schleswig erhobenen Daten über zehn Dörfer aus dem Kreis Schleswig versucht Danker zu belegen, dass die allermeisten der landwirtschaftlichen Betriebe „Fremdarbeiter“ beschäftigten. Er beweist aber das Gegenteil.

Im Diagramm 45 (S. 93) führt er die Betriebe mit und ohne „Fremdarbeiter“ auf, z. B. für Erfde 16 Betriebe mit Fremdarbeitern und drei ohne. Der Vergleich mit den Ergebnissen der Volks-, Berufs- und landwirtschaftlichen Betriebszählung von 1939 aber fehlt.

Gemeinden	Anzahl der landwirtsch. Betriebe lt. Diagramm 45	Ergebnisse der amtlichen Zählung von 1939
Tetenhusen	19	80
Tolk	25	63
Loit	22	33
Dörpstedt	39	84
Kalleby	9	nicht eigenständig
Satrup	19	31
Langstedt	34	50
Erfde	19	186
Schuby	61	97
Torsballig	20	43

Am Beispiel des Beschäftigungsgrades in der Landwirtschaft sollen noch einmal Dankers Verstöße gegen die Grundregeln historischen Forschens dargestellt werden. Üblicherweise überprüft ein Autor seine Thesen mit Hilfe weiterer Quellen oder der vorhandenen Literatur. Die Ergebnisse der Zählung von 1939 hätten erneut dazu führen müssen, die Quellengrundlage oder die These zu hinterfragen. Im ganzen Kreis Schleswig gab es 1939 insgesamt 5.579 land- und forstwirtschaftliche Betriebe. Nach Danker sollen 80 bis 95 % dieser

Betriebe ausländische Arbeitskräfte beschäftigt haben. Aber bereits für einen Beschäftigungsgrad von 80 % wären mindestens 4.460 „Fremdarbeiter“ benötigt worden, wenn man eine ausländische Arbeitskraft pro Hof zugrunde legt. In der ausgewerteten AOK-Sonderkartei sind allerdings nur 4.173 Personen verzeichnet – und diese Kartei soll angeblich vollständig sein!<sup>26</sup>

Das IZRG besaß für die Auswertung zahlreiche Sondergenehmigungen. Warum unternahm Danker keinen Vergleich mit den Einwohnermeldedaten?

Warum warf er keinen Blick in Dorfchroniken, was sicherlich aufschlussreich gewesen wäre? Weil er sie nur für „Heimatgeschichtsschreibung“ hält und ignoriert, dass auch hier relevante Fakten und Daten dokumentiert werden?

In diesem Zusammenhang sei weiterhin bemerkt, dass es nicht ausreicht, einfach zu behaupten, dass im Kreis Schleswig für den Bereich der Landwirtschaft „eine vollständige Abdeckung durch die AOK zu konstatieren“

sei. (S. 37) Warum sollte gerade im Kreis Schleswig nur die AOK und nicht auch die „Bäuerliche Krankenkasse für den Kreis Schleswig“ Zwangsarbeiter/-innen versichert haben? Im übrigen Deutschen Reich sind es schließlich auch Landkrankenkassen gewesen, in denen Ausländer versichert sein konnten. Die „Bäuerliche Krankenkasse für den Kreis Schleswig“ verzeichnete jedenfalls während des Krieges mehrere hundert Neuzugänge.<sup>27</sup>

### III.9. Statistik oder Zahlenspielerei?

Die von Danker durchgeführte Erhebung wird von Zahlen und Statistiken dominiert. Auf den ersten Blick wirkt dieses sehr wissenschaftlich. Unabhängig von inhaltlichen Fragen soll hier an einigen Beispielen aufgezeigt werden, wie willkürlich Danker mit Zahlenwerten umgeht:

1. Da Schleswig-Holstein anfänglich zum Landesarbeitsamtsbezirk „Nordmark“ gehörte, tauchen bei der Auswertung des *Arbeitseinsatzes* für diesen Zeitraum Probleme auf, da Schleswig-Holstein nicht extra aufgeführt wurde. Die Wirtschaftsstruktur Mecklenburgs sei laut Danker zwar „mit jener“ Schleswig-Holsteins ähnlich und vergleichbar, aber Hamburg bildet eine unzulässig verzerrende Ausnahme.“ Deshalb würde „im folgenden auf jede Interpolation verzichtet und lediglich auf ausdrücklich allein für Schleswig-Holstein vorliegendes Datenmaterial zurückgegriffen.“ (S. 35) Dass dann trotzdem entsprechende Daten des Landesarbeitsamtsbezirkes „Nordmark“ (S. 51ff.) benutzt werden, soll hier nur kurz erwähnt werden.<sup>28</sup>

Ohne Überprüfung behauptet Danker, dass die Wirtschaftsstruktur Mecklenburgs derjenigen Schleswig-Holsteins „ähnlich und vergleichbar“ wäre. Die deutlichen Unterschiede bei den „Erwerbspersonen einschließlich der Angehörigen ohne Hauptberuf in Land- und Forstwirtschaft“ von 20,9 % in Schleswig-Holstein zu 31,9 % in Mecklenburg sind ebensowenig wie die Abweichung bei den Beschäftigten in Industrie und Handwerk von 32,0 % zu 27,7 % „ähnlich und vergleichbar“ (*Statistik des Deutschen Reiches*, Band 559,7).

2. Manchmal fehlt jegliche Grundlage für die Prozentrechnung: Danker führt an, dass im Arbeitsamtsbezirk Heide die „Ostarbeiter“ 37,5 % aller „Fremdarbeiter“ stellten. Im Krankenhaus in Heide seien unter den behandelten Ausländern aber nur 27 % „Ostarbeiter“ gewesen. Daraus ergibt sich für ihn eine „signifikante Abweichung“ und der Beweis für die Schlechterbehandlung dieser Gruppe (S. 101). Diese Schlussfolgerung besitzt keinerlei Aussagewert, denn es gab im Arbeitsamtsbezirk Heide weitere Krankenhäuser, die von

„Ostarbeitern“ aufgesucht wurden.

3. Manchmal werden einfach die Unterschiede zwischen den Nationalitäten aufgehoben: Bei der Schätzung der Sterberate geht Danker den publizierten Hinweisen nach und kommt zu dem Ergebnis, dass es in Schleswig-Holstein in der Zeit von 1939 bis 1945 ca. 9.000 ausländische Tote gegeben habe. Über

wiegend seien dies **sowjetische** Kriegsgefangene gewesen. „Das ist eine Quote von ca. 4,5 % und liegt damit an der unteren Grenze des von Spoerer hergeleiteten Anteils.“ (S. 59).<sup>29</sup> Auf der vorhergehenden Seite schreibt Danker: „Spoerer geht für **Polen** [Hervorhebungen R.S.] offenkundig – bezogen auf den Gesamtzeitraum – von 4-8,5 % aus.“

#### IV. Fazit

Neben den vier verfehlten Zielen des Gesamtgutachtens hält Dankers Statuserhebung in wesentlichen Schlussfolgerungen keiner Überprüfung stand. Regelmäßig wurde von ihm gegen das kleine Einmaleins eines Historikers verstoßen. Es gibt nach wie vor keine annähernd abgesicherte Gesamtzahl der in Schleswig-Holstein eingesetzten Zwangsarbeiter, und auch die anderen Ausführungen Dankers entbehren oft der wissenschaftlichen Zuverlässigkeit.

Erarbeitung und Publikation des Gutachtens leiden unter dem selbst auferlegten Zeitdruck. Die Übernahme dieser kurzfristigen Gutachten und die Art

ihrer Durchführung zeugen nicht von einem verinnerlichten soliden Forschungsverständnis der betreuenden Professoren. Besonders in den für das Gutachten neu entstandenen Beiträgen ist die geringe Berücksichtigung der Publikationen zur Geschichte der Zwangsarbeit in Schleswig-Holstein auffällig. Die Autoren verzichten auf eine gründliche Quellenrecherche. Die Beiträge weisen im Detail vermeidbare Fehler auf.

Eine systematische Erforschung und Erfassung des Einsatzes von Zwangsarbeitern in Schleswig-Holstein fehlt – allen Behauptungen zum Trotz – somit weiterhin.

#### Anmerkungen

1. Uwe Danker, Robert Bohn, Nils Köhler, Sebastian Lehmann (Hg.): „Ausländereinsatz in der Nordmark“. Zwangsarbeitende in Schleswig-Holstein 1939–1945. Bielefeld: Verlag für Regionalgeschichte 2001. 618 S.
2. Uwe Danker, Annette Grewe, Nils Köhler, Sebastian Lehmann (Hg.): „Wir empfehlen Rückversickung, da sich der Arbeitseinsatz nicht lohnt“. Zwangsarbeit und Krankheit in Schleswig-Holstein 1939–1945. Bielefeld: Verlag für Regionalgeschichte 2001. 338 S.
3. Kiel: Neuer Malik Verlag 1985.
4. Allein in der Vollzugsanstalt Rendsburg mussten rund 700 Ausländer Zwangsarbeit leisten.

5. Bezüglich der Lübecker Lager greifen die Autoren dann doch auf eine Publikation von Christian Rathmer zurück.
6. Die Zeitschrift ist über die Fernleihe öffentlicher Bibliotheken zu beziehen. Standorthinweis: Humboldt Universität Berlin.
7. Friederike Littmann: Ausländische Zwangsarbeiter in Hamburg während der Zeit des Zweiten Weltkrieges, in: Arno Herzog (u.a. Hg.), Arbeiter in Hamburg. Hamburg 1983, S. 579.
8. Bereits F. Littmann erwähnte 1983 in ihrer Publikation die Zuweisung von über 10.000 italienischen Kriegsgefangenen im Herbst 1943 nach Hamburg (S. 579f.). Für Dezember 1943

- existiert keine Angabe für Schleswig-Holstein.
9. Sowohl die monatliche und regionalisierte Erfassung der in Arbeitsverhältnisse eingewiesenen Kriegsgefangenen und die Daten aus dem *Arbeitseinsatz* Nr. 4/5 von 1944 belegen, dass entgegen der Aussage Dankers (S. 52) die regionalisierte statistische Erfassung der Kriegsgefangenen 1942 nicht abbrach.
10. Zusätzlich arbeitete ein kleiner Teil der Gefangenen des Oflag XC Lübeck ebenfalls, vgl. Gerhard Hoch, Rolf Schwarz (Hg.): *Verschleppt zur Sklavenarbeit. Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter in Schleswig-Holstein*. Alveslohe und Rendsburg <sup>2</sup>1988, S. 65.
11. Die von Danker im Diagramm 14 für den September 1941 benutzte Zahl (61.655 Ausländer) wurde vom Rezensenten in den Angaben zur Ausländererhebung vom 25.9.1941 (*Arbeitseinsatz* Nr. 21f./1941) nicht gefunden.
12. Verschleppt zur Sklavenarbeit, S. 34.
13. Aufgrund der fehlenden Angabe für Schleswig-Holstein über die Einweisung von Kriegsgefangenen im Dezember 1943 lässt sich keine zuverlässige Aussage für die Situation im November ableiten. Die Gesamtzahl der Ausländer wird aber über dem Dezemberwert und wahrscheinlich in der Nähe des Wertes vom 30.9.1944 liegen.
14. Danker schreibt, dass 1939 insgesamt 35 % aller Beschäftigten im produzierenden Gewerbe tätig wären (S. 67). Die von ihm genannte Quelle benennt 32 %. Ebenfalls arbeiteten in den 5.086 metallverarbeitenden Betrieben nicht 52.000 Beschäftigte. Die von Danker benutzte Statistik weist für diesen Bereich aus: Beschäftigte insgesamt 80.284, weiblich 8.911, Arbeiter ohne Lehrlinge 52.278.
15. Die gesamte Auflistung befindet sich auf [www.zwangsarbeiter-schleswig-holstein.de](http://www.zwangsarbeiter-schleswig-holstein.de)
16. Eine Auswertung des *Arbeitseinsatzes* Nr. 4/5 von 1944 über die Beschäftigungs- und Wirtschaftsverhältnisse in Schleswig-Holstein für die *ISHZ* wird vom Rezensenten vorbereitet.
17. Zusätzlich sei angemerkt, dass die Aussage über die Wirtschaftsstruktur des Kreises Schleswig fehlerhaft sein dürfte. Unter den 17 Landkreisen der Provinz belegte Schleswig 1939 in Bezug auf die „Berufszugehörigkeit einschließlich der Angehörigen ohne Hauptberuf in der Land- und Forstwirtschaft“ nur den
11. Platz (*Statistik des Deutschen Reiches*, Band 559,7).
18. Die Fluktuation von Kriegsgefangenen vernachlässigt Danker in seiner Berechnung einer Gesamtzahl der Zwangsarbeiter komplett.
19. Die eben genannten Zahlen über die Abwanderung aus Schleswig-Holstein decken sich jedoch nicht mit anderen Angaben aus dem *Arbeitseinsatz*. Siehe Abschnitt „Verlauf der Ausländerbeschäftigung“.
20. Die Differenz von 6.457 ausländischen Beschäftigten zwischen den Angaben in den Diagrammen 2 und 3 für den 30.9.1944 müsste erklärt werden.
21. Christian Rathmer: „Ich erinnere mich nur an Tränen und Trauer ...“ Zwangsarbeit in Lübeck 1939 bis 1945, Essen 1999, S. 27.
22. LAS, Abt. 454, Nr. 4, Bl. 301.134, Wiedergabe in Friedrich Stamp: *Arbeiter in Bewegung. Die Geschichte der Metallgewerkschaften in Schleswig-Holstein*. Malente 1997, S. 136.
23. Peter Meyer-Strüvy, *Niederländische Zwangsarbeiter in Kiel und Lübeck*. In: *ISHZ* Nr. 25/1994, S. 3-52.
24. LAS 320 Schleswig-Land Nr. 184.
25. LAS 320 Schleswig-Land Nr. 181ff.
26. Zahl aus dem Buch *Krankheit*, S. 19.
27. Die „Bäuerliche Krankenkasse für den Kreis Schleswig“ besaß am Jahresende 1943 insgesamt 4.180 Mitglieder. Tod, Austritt und die Einberufung von 277 Personen zum Wehr- und Arbeitsdienst führten im Laufe des Jahres 1943 zu einem Rückgang um 375 Mitglieder. Im Gegenzug gab es 292 Neuzugänge (1942 sind es 380 Neuzugänge gewesen). Diese Angaben sind dem Geschäftsbericht von 1943 zu entnehmen, der auszugsweise als Faksimile abgedruckt wurde von Johannes Callsen: *Selbsthilfeorganisation der Landwirtschaft. Die Bäuerliche Krankenkasse für den Kreis Schleswig*, in: *Jahrbuch des Heimatvereins der Landschaft Angeln 2000*, S. 171.
28. Der Landesarbeitsamtsbezirk Nordmark umfasste nicht nur Mecklenburg, Hamburg und Schleswig-Holstein, sondern auch Teile der Provinz Hannover (vgl. *Arbeitseinsatz* 13/1941).
29. Spoerer hat für das Gebiet Österreichs eine Untersuchung durchgeführt, wie viele ehemalige Zwangsarbeiter im Jahre 2000 noch leben würden. [www.historikerkommission.gv.at](http://www.historikerkommission.gv.at)

## B. Antwort auf die Kritik von Rolf Schwarz. Von Uwe Danker

### 1. Vorweg

Die Redaktion der *Mitteilungen zur schleswig-holsteinischen Zeitgeschichte* hat sich entschieden, eine gekürzte Fassung der seit Monaten auf einer Internetseite zu lesende Kritik des Rolf Schwarz an unserem Gutachten *Zwangsarbeitende in Schleswig-Holstein 1939-1945* sowie den beiden seit 2001 vorliegenden einschlägigen Veröffentlichungen (Uwe Danker, Robert Bohn, Nils Köhler und Sebastian Lehmann (Hg.): *„Ausländereinsatz in der Nordmark“*. *Zwangsarbeitende in Schleswig-Holstein 1939-1945*, Bielefeld 2001; Uwe Danker, Annette Grewe, Nils Köhler und Sebastian Lehmann (Hg.): *„Wir empfehlen Rückverschiebung, da sich der Arbeitseinsatz nicht lohnt“*. *Zwangsarbeit und Krankheit in Schleswig-Holstein 1939-1945*) zu publizieren. Inwieweit die Schwarz'sche Arbeit die Bedingungen einer seriösen Rezension erfüllt, sei dahingestellt.<sup>1</sup> Aber der Hinweis darauf, dass

eine 50-seitige Originalfassung und immerhin noch 21 Druckseiten allein vom Umfang her doch ungewöhnlich sind und eine außerwissenschaftliche Motivlage beim Autor annehmen lassen, sei erlaubt. Aus meiner Sicht bestätigt auch die aufgeregte und völlig überzogene Diktion der ‚Rezension‘ diese Vermutung.

Es ist schwer und ziemlich nutzlos zugleich, auf die Kritik des Rolf Schwarz zu antworten: Seine – insbesondere und stark überwiegend an mich gerichteten – Vorwürfe der Unwissenschaftlichkeit, der mangelnden Quellenkritik, der oberflächlichen Arbeit etc. sind derart weit reichend, dass sich eigentlich jede Erwiderung erübrigt. Immerhin aber bietet der AKENS die Möglichkeit der Reaktion an, ein Verzicht darauf würde wohl zu Missverständnissen Anlass geben können, deshalb will ich mich bemühen, ausführlich zu antworten, wo eigentlich für alles ein kurzer Satz genügte!

### 2. Lagerlisten

Als das IZRG Anfang 2000 im Auftrag der Landesregierung das erste (von inzwischen vier<sup>2</sup>) Zwangsarbeiterprojekten begann, wählten wir nicht nur einen innovativen Team-Projekt-Ansatz<sup>3</sup> mit Doktoranden und Studierenden norddeutscher Universitäten, sondern legten – ebenfalls für Forschungseinrichtungen untypisch – Wert auf Öffnung und Transparenz in die Richtung bestehender Initiativen im Lande. Dazu dienten

mehrere öffentliche Konferenzen während der Projektarbeit. Einer jener, die wir ausdrücklich ansprachen und zur Mitarbeit einluden, war der Rezensent, der vor 15 Jahren Mitherausgeber einer ersten regionalen Dokumentation<sup>4</sup> zum Thema Zwangsarbeit gewesen war. – Eine durchaus verdienstvolle, überwiegend dokumentarische, indes damals keineswegs unumstrittene Publikation!<sup>5</sup>

Der Rezensent fand jetzt als Hobby-

Forscher zwar keine Zeit, im Team mit-zuwirken, war aber bereit, eine auf seiner alten Publikation basierende, überarbeitete Lagerliste beizusteuern. Das geschah auch, obwohl bereits in der Gutachtenfassung Differenzen bei den Quellenangaben, die uns nicht immer hinreichten, und auch bei den Kapazitätenangaben, die uns überzogen schienen, auftraten. Für die Buchfassung vereinbarten wir mit dem Autor ein transparenteres Verfahren; indes kam von ihm nichts mehr.

Wir entschieden uns dann für die neue, ausdrücklich keinen Vollständigkeitsanspruch erhebende Lagerliste, die auf genau zwei zeitgenössischen, zuverlässigen seriellen Quellen basiert. Allein jene jeweils vermerkten Zusatzinformationen, die wir durch unsere anderen Quellenrecherchen besaßen, nahmen wir auf, nicht aber jene, zum Teil unseriöse, unbelegte oder durch unklare Quellenlage abgesicherte Informationen des Rezensenten.<sup>6</sup>

Das ist ein Beispiel für den Unterschied historischen Arbeitens und chronistischer Sammelwut: Im Zielkonflikt zwischen stark fehleranfälliger Vollständigkeitsanspruch und absolut seriöser Quellenabsicherung entschieden wir uns für das Zweite, zumal es uns gar nicht darauf ankam, auch noch das letzte wie auch immer dokumentierte

Lager aufzuspüren und dafür in Kauf zu nehmen, manche Lager mehrfach zu listen, sondern auf seriöser Basis zu zeigen, dass Lager flächendeckend im ganzen Land unübersehbar existierten und bereits 1946 – übrigens ziemlich umfassend – erfasst wurden. – Wir durften im Übrigen den Eindruck gewinnen, dass unser Vorgehen dem Rezensenten entgegenkam, der offenbar nicht als Mitautor in dem Band erscheinen wollte. Das ist ja auch in Ordnung so.

Der Rezensent hat also einen besonderen und persönlichen Bezug zum Hauptprojekt. Und: Schwarz hat gleichwohl wie kein anderer auch nachträglich von unserem in der deutschen Forschungslandschaft einzigartigen Angebot der freien Nutzung aller vom Team bundesweit in den Archiven recherchierten Quellen profitiert und ausgiebig in unserem Haus gearbeitet und beliebig exzerpiert und fotokopiert, sich Vieles erklären und erläutern lassen ...

Genau das ist neben manch anderem ein eigentlich in einer Rezension wenigstens erwähnungspflichtiges Kennzeichen unserer Arbeit gewesen: die Tatsache, dass unsere komplette und völlig transparente bundesweite Recherche jedem Regionalhistoriker und Heimatforscher in Schleswig-Holstein zur Verfügung gestellt wurde. Ein Angebot, das übrigens von Vielen angenommen wurde.

### 3. Frühe Kritik

Bevor ich auf die in diesem Heft publizierte Kritik im Einzelnen eingehe, ist eine ganz markante Zusatzinformation von Gewicht: Bald nach der Internet-Publikation des Gutachtens erschien bereits eine sehr ausführliche und aufge-

regte ‚Besprechung‘ des Gutachtens auf der vom Rezensenten mit verantworteten Homepage im Internet. Diese als ‚vorläufig‘ gekennzeichnete Kritik unterschied sich von der gegenwärtigen im Wesentlichen durch den Umfang. Der

Rezensent hat alle Punkte auch in seine jetzige Fassung überschrieben.

Es sollte interessierten Außenstehenden zu denken geben können, dass wir trotz genauer Lektüre der konkreten Kritikpunkte nur einen einzigen (!) nachrangigen aufnahmen und in der Buchfassung berücksichtigten<sup>7</sup>, obwohl wir dafür zehn Monate Zeit hatten! – Die Lösung: Wir erachteten keinen einzigen weiteren Punkt als richtig und angemessen, sondern meinten nur immer wieder festzustellen, welche ausgeprägte Fähigkeit zum Fehlverständnis und zur Missinterpretation beim Kritiker vorlag. Diese unsere Sturheit kann doch nur Zweierlei bedeuten: Entweder sind wir maßlos unfähig, oder aber die Kritik ist tatsächlich nicht überzeugend ...

Es ist auch an dieser Stelle nach der noch einmal ausgeweiteten ‚Besprechung‘ weder nötig noch sinnvoll, auf

alle einzelnen Kritikpunkte einzugehen. Gleichwohl seien eine ganze Reihe berührt: Es wird deutlich werden, wie fremd dem rezensierenden Chronisten, der seit Jahrzehnten – manchmal auch geheimnisumwobene – Fakten sammelt, eine konsequent auf Fragestellungen orientierte, transparente Arbeitsweise von Historikern und Historikerinnen erscheint und wie begrenzt sein Zugang zu einfachsten statistischen Arbeitsweisen und Interpretationsmustern ist. Jedenfalls greift er auffälligerweise weder irgendeine anspruchsvolle inhaltliche Interpretation aus dem Band auf, noch kritisiert er die komplexeren statistischen Argumentationen in meinen Beiträgen. Statt dessen reißt er Sätze, Fakten und einzelne Argumente aus dem Zusammenhang, gruppiert sie nach Belieben neu und polemisiert drauflos.

#### 4. Allgemeine ‚Rezension‘ des Hauptbandes

Zunächst kritisiert Schwarz den wissenschaftlichen Apparat, insbesondere die systematische Literaturlauswahl und die Dokumentation der Aktenrecherche. – Die absolute Transparenz unseres Vorgehens und die exakt ausgewiesenen Ansprüche und Ziele bleiben trotz mangelnden Verständnisses beim Rezensenten erhalten: Wir erheben auch weiterhin den Anspruch der Vollständigkeit bezogen auf unsere dokumentierten Suchwege. Heimatforscher mögen – im Gegensatz zu uns – Schankkonzessionen für wesentliche Quellen zur Zwangsarbeit halten; sie können sie heben, sie bleiben erkennbar außerhalb unserer Recherchewege.

Des Weiteren behauptet Schwarz

schlicht: „Die im vorliegenden Band nun tatsächlich publizierten Regionalstudien sind aber nicht erst im Rahmen der Erstellung des Gutachtens entstanden.“ – Dieser Satz ist falsch. Die Mehrzahl der Studien, darunter die auch methodisch tragenden Perspektiven-Beiträge, sind als wissenschaftliche Arbeiten im Rahmen des Projektes entstanden und betreut worden; eine Minderzahl der Beiträge war vorher – zum Beispiel im Rahmen von nicht publizierten Examens- und Magisterarbeiten – unter der Betreuung von Projektleitern entstanden und wurde für die Publikation überarbeitet.

Nur einen (!) der insgesamt 19 (!) Beiträge konnte man vorher an anderer

Stelle, nämlich in der von mir mit herausgegebenen *Demokratischen Geschichte* lesen: Er schien uns paradigmatisch zu sein, und wir bemühten uns um die Zweitpublikation. Selbstverständlich war dieser Mix aus (stark überwiegend:)<sup>8</sup> völlig neuen, zum Teil überarbeiteten und einem bereits publizierten Beitrag ausdrücklicher Gegenstand des Vertrages mit der Landesregierung und wurde auch so ausgewiesen in Gutachten und Buch.

Wenn der Rezensent schließlich nach einem absurden wie böseartigen Pauschalvorwurf ans IZRG, fragwürdig mit Quellen und fremden Forschungsergebnissen umzugehen, als „fachwissenschaftlich nicht hinnehmbar“ kritisiert, im Band *Zwangsarbeit und Krankheit* verzichtete ich bei meinem Überblick über „Zwangsarbeitende in Schleswig-Holstein 1939 bis 1945“ auf Anmerkungen, so ‚vergisst‘ er darauf hinzuweisen, dass ich dort im Haupttext (S. 27) ganz exakt die mit wissenschaftlichem Apparat versehene Langfassung desselben Beitrags aus meiner Feder benenne.

Bezogen auf die inhaltlichen Beiträge moniert Schwarz in entlarvender Direktheit: „Eine vollständige Berichterstattung für das gesamte Land sucht man vergebens.“ – Nun, wir sind keine ‚Berichterstatter‘, und kein Mensch kündigte Derartiges (abgesehen von begrenzten Zahlenwerken) an. Wir sind Historiker und folgen inhaltlichen Fragestellungen, die in aller Regel auf das, was Schwarz betreibt bzw. wünscht, verzichten können und wollen! Denn Wissenschaftlichkeit ist vor allem die Fähigkeit, eine sinnvolle Frage zu stellen, deren Beantwortung mutmaßlich

einen Erkenntnisgewinn beinhaltet, indem man nämlich die vorhandenen – und nicht die erträumten – Quellen sinnvoll anordnet, möglicherweise auch auf einige Einzelheiten verzichtet, und angemessen analysiert. Die pure Präsentation von Fakten, wie sie Schwarz offenbar immer wieder vorschwebt, hat dagegen nur sehr begrenzten Wert.

Man messe also jeden einzelnen Beitrag in den von Schwarz ‚besprochenen‘ Bänden mit folgender Messlatte:

- Gibt es Fragestellungen?
- Werden die ‚Antworten‘ mit Quellen belegt und hinreichender Quellenkritik bearbeitet?
- Ist die Argumentation transparent und nachvollziehbar, damit auch kritisierbar?
- Wird der Forschungsstand redlich berücksichtigt?
- Werden – sofern vorhanden – auch ‚unbequeme‘ Fakten und Widersprüche diskutiert?
- Ist der Beitrag stringent und ohne Ausuferungen?

Soweit Schwarz sich überhaupt an Aussagen und Inhalt von Beiträgen heranwagt, ist von derartigen und üblichen Bewertungskriterien keine Spur zu finden!

Zur Wissenschaftlichkeit gehört vor allem ein Bekenntnis zur Wahrhaftigkeit, und das heißt auch, dass man nicht durch bewusste Auslassungen und willkürliches Aneinanderreihen von Zitaten den Kern der Quellen – und den der Aussagen von Forschern – vorsätzlich verdreht. Genau das macht aber der ‚Kritiker‘, wenn er etwa dem Autor Lehmann vorwirft, dass dieser in seiner Schlussbetrachtung (!) nicht noch einmal (!) für eine Aussage die Belege

liefert. Im Übrigen zeigt Schwarz, dass er die analytische Grundlage des Beitrags, die hier gewählte Nutzung des Begriffs der ‚NS-Volksgemeinschaft‘ als Synonym für die damalige regionale Gesellschaft, nicht im Ansatz begriffen hat.

Dem Autor Köhler wirft er gerade dessen kluge Quellenkritik vor und dem Autorenteam Claasen/Derner, dass sie

sich überhaupt mit der Quellengattung der Sondergerichtsakten befassen, obwohl sie mit 594 betroffenen Ausländern ja nur die extreme<sup>9</sup> Minderheit der 225.000 ‚Fremdarbeiter‘ berühren! – Deutlicher kann Schwarz seine Unkenntnis im historischen Arbeiten, der zulässigen Entwicklung von Fragestellungen und in der sachgemäßen Quellenkritik nicht selbst dokumentieren ...

## 5. Kritik an der Staturerhebung

Die Kritik der Kritik von Schwarz an meinen trivialen statistischen Zusammenstellungen und Argumentationen ist deshalb so schwierig, weil der Rezensent eine fast beliebige, jedenfalls sehr wirre Zusammenschau von unklaren, ungleichen und nicht nachvollziehbaren Daten und Zahlen für seine Überlegungen vornimmt. Sie sei gleichwohl versucht – und zwar trotz des Ermüdungsfaktors auf alle Punkte von Schwarz eingehend. Empfohlen aber wird weiterhin die – nicht halb so ermüdende – Lektüre des Originals!

Vorweg: Ich habe als Erster die damals geheime, für den internen Behördenverkehr<sup>10</sup> bestimmte Publikation *Der Arbeitseinsatz im (Groß-)Deutschen Reich* für die Regionalgeschichtsforschung nutzbar gemacht. Obwohl dieser Versuch nahe lag, also keine große wissenschaftliche Leistung darstellt, sei das notiert. Denn Schwarz scheint sich sehr darüber zu ärgern, dass er nicht ebenfalls auf die Idee kam, zumal Herbst bereits Mitte der 80er für seine reichsweite Studie die übertragbare Vorlage lieferte!

Die Kritikpunkte im Einzelnen:

- Da unterstellt Schwarz mir „unter-

schlagene Veränderungen“ der Zahlen in bestimmten Monaten: Ich wählte im Gegensatz zu seinem Vollständigkeitswahn vergleichbare, dokumentierte und auch noch grafisch sinnvoll darstellbare Intervalle für meine Stichmonate. Das ist üblich und – je nach Fragestellung – sinnvoll.

- Da bietet Schwarz ganz eigenartige Spekulationen für ganz eigenartige Daten der Wanderung von ausländischen Arbeitskräften zwischen den Gauarbeitsämtern Hamburg und Schleswig-Holstein: Ich verzichtete auf diese spekulative Debatte aufgrund der unzuverlässigen und nicht eindeutig interpretierbaren Zahlen.
- Da spekuliert Schwarz auf unseriöser Quellenbasis über zwangsarbeitende Kriegsgefangene in beiden Bezirken, verweist allerdings zu Recht auf eine Unschärfe in meinem Beitrag. Da wäre in der Tat nachzuarbeiten, wenn es denn ginge ... So, wie Schwarz es unternimmt und argumentiert, geht es jedenfalls nicht!
- Man lese schließlich das durchweg wirre Zeug von Schwarz in seinem Abschnitt III.3. und erkenne, wie erfolgreich sich der Rezensent in seinen

- Zahlenreihen verirrt, um mir „krasse Fehlaussagen“ zu unterstellen! Wunderbar und wirklich lesenswert in diesem Kontext ist die Fußnote 13!
- Da bilde ich absolut transparent und in jeder Einzelheit belegt, damit auch für Schwarz nachvollziehbar, typische Branchen, so wie es in Studien der sozialwissenschaftlichen Nachbarwissenschaften üblich ist, und Schwarz versteht nicht, wieso die Veredelungsbetriebe etwas mit Landwirtschaft zu tun haben, und warum ich den für Schleswig-Holstein wirklich wesentlichen Bergbau (!) unterschlage! Für ihn ist das Verfälschung der „historischen Wahrheit“, die offenbar von den Branchendefinierern der NS-Arbeitsverwaltung mit ihren etwa 60 Kategorien und Schwarz, der nur direkt übertragen kann und will, verwaltet wurde und wird!
  - Da hält Schwarz mir vor, die Beweisführung einer überdurchschnittlichen Partizipation Schleswig-Holsteins am Arbeitseinsatz sei deshalb falsch, weil er Länder mit teilweise höherer Ausländerbeschäftigung gefunden habe<sup>11</sup>: Auch dieses ist ein Missverständnis einfachster statistischer bzw. logischer Argumentation! Bereits in der Gutachtenfassung (!) wies ich darauf hin, dass der Vergleich sich (sinnvoller Weise) auf den Reichsdurchschnitt bezog, also weitere ‚Ausreißer‘ anderer Ländern nach oben nicht nur nicht ausschloss, sondern mathematisch mit Sicherheit erwarten ließ! Es bleibt jedoch absolut richtig, dass Schleswig-Holstein in mehrererlei Hinsicht – relative Anzahl, früherer Beginn und härtere Gruppen – überdurchschnittlich am zwangsweisen Ausländereinsatz partizipierte!
  - Bei Schwarzens Überlegungen zur Fluktuation geht es so drunter und drüber, dass eine Antwort nicht ansetzen kann.
  - All seine neuen Einwände und Überlegungen zusammengenommen liefern übrigens weder neue Tendenzen, Entwicklungen oder gar eine modifizierte Gesamtzahl. Schwarz deutet nur an, dass er eine größere Zahl annimmt: Auch das ist keine Korrektur: Dass ‚meine‘ ermittelten 225.000 in den Schätzanteilen auf ‚konservativen‘ – und das ist eine einschlägige, nur Schwarz nicht geläufige Diktion (!) – Annahmen beruht, besagt nur das, was ich auch explizierte, nämlich dass die Schätzungen zurückhaltend mit Minimalgrößen vorgenommen wurden, die addierte Gesamtzahl nach oben übertroffen werden kann!
  - Bezogen auf den Kreis Schleswig unterstellt Schwarz mir die unsinnige Aussage, hier seien mehr polnische Soldaten in Zivilisten umgewandelt worden als anderswo. Diese Aussage gibt es an keiner Stelle. Wohl aber jene, dass die Umwandlung die Altersverteilung der männlichen polnischen Zwangsarbeiter nach oben verändere, also – im Gegensatz zu den ‚Ostarbeitern‘ – eine geschlechtsspezifische Verschiebung der Alterskohorten erkläre.
  - Auch bezogen auf den Landkreis Schleswig unternimmt Schwarz den Vergleich von Äpfeln mit Birnen und „beweist“ so nebenbei die wahrlich unsinnige (!) These von der Außerordentlichkeit des Ausländereinsatzes in der Landwirtschaft: Meine Erhebungsgröße bildeten aufgrund der komplett

erhaltenen Kartei die AOK-versicherten Betriebe mit und ohne eingesetzte Ausländer – und entsprechend wahr wie deutlich bleibt der Befund!

- Da bezweifelt Schwarz die Reichweite der AOK-Versicherung im Kreis: Wie auch in Buch und Gutachten ausgeführt, sprechen die Vergleichszahlen der Statistiker des Reichsarbeitsministeriums für unsere Annahme einer weiten Deckung, jedenfalls bleiben unsere Daten verallgemeinerbar und liefert der Hinweis von Schwarz auf „mehrere hundert Neuzugänge“ der Bäuerlichen Krankenkasse während des Krieges eher ein weiteres und unfreiwilliges Argument für unsre Annahme als dagegen, denn ansonsten hätten die Zugangszahlen wie bei der AOK mehrere tau-

send umfassen müssen ...

- Wie fremd Schwarz die Prozentrechnung und das logisch konsequente Vergleichen sind, zeigt sich bei seiner Kritik der von mir diskutierten Behandlungszahlen der ‚Ostarbeiter‘ im – dort allein für diese zuständigen – Kreiskrankenhaus Heide: Wenn eine Bevölkerungsgruppe 37,5 Prozent ausmacht, aber im Krankenhaus nur mit 27 Prozent vertreten ist, so folgen daraus schon Fragen und Argumentationen! – Im Übrigen war das eine frühe Thesenbildung. Viel differenzierter und komplizierter, leider von Schwarz überhaupt nicht mehr zur Kenntnis genommen, finden sich derartige Überlegungen im speziellen Band zum Themenfeld Zwangsarbeit und Krankheit ...

## 6. Fazit

Historische Wissenschaft ist ein Prozess, in dem es keine letzte Wahrheit gibt. Ganz sicher haben wir nicht das letzte Wort zum Thema „Zwangsarbeit in Schleswig-Holstein“ geliefert. Im Gegenteil, wir setzen auf Kritik und Debatte. Aber gemessen an dem, was wir uns vornahmen, haben wir ordentliche Arbeiten und Erkenntnisfortschritte geliefert, die sich nicht für reine Denunziation eignen. Deshalb sei als Fazit der Antwort auf Schwarz gezogen:

1. Man muss nur Beliebiges werfen, es wird schon etwas hängen bleiben ... Ein Gerücht über die ‚miserable‘ Arbeit des IZRG im Bereich der Zwangsarbeiterforschung – es gibt indes auch ganz andere Rezensionen<sup>12</sup> – wird noch einmal verstärkt. Daran wird, das ist mir klar, auch

diese Entgegnung nicht viel ändern. Gleichwohl:

2. Die Kritikpunkte des Rezensenten gehen stark überwiegend fehl, basieren meist auf mangelndem Verständnis, fehlerhaften Überlegungen und gleichermaßen aufgeregten wie haltlosen Polemiken.
3. Die Hauptkonfliktlinie lässt sich festmachen an den völlig unterschiedlichen Herangehensweisen von Sammlern und Chronisten wie Rolf Schwarz auf der einen Seite und Historikern mit wissenschaftlichen Fragestellungen, Methoden und Arbeitsweisen auf der anderen Seite.
4. Kritik und neue Ergebnisse sollen die Forschung voranbringen. Lediglich und indirekt an zwei Punkten gelingt das dem Rezensenten: bei der (indes

unsinnig ausgeführten) Forderung nach einer präziseren Berücksichtigung von Kriegsgefangenen und bei dem (eigentlich trivialen) Hinweis darauf, dass verkürzte Intervalle der statistischen Daten auch unstete Entwicklungsteile erkennbarer werden lassen, als es bei unseren Vorgaben möglich war.

Die gegen uns erhobenen Vorwürfe der Unwissenschaftlichkeit, fehlerhaften Quellenkritik und Oberflächlichkeit seien damit als haltlos wirt charakterisiert, die viel eher maßlose Selbstüberhebun-

gen des Rezensenten und üble Nachrede darstellen als eine fachliche Kritik: Schwarzens Rezension ist ein Beispiel für Unwissenschaftlichkeit in Form und Inhalt. Schade, dass diesem Quatsch derart viel Platz in den *Informationen zur schleswig-holsteinischen Zeitgeschichte* eingeräumt wird.

Als Alternative zu diesem ganzen schriftlichen Spektakel empfehle ich die Lektüre der vorliegenden drei Originale! Sie sind erhältlich in jeder guten Buchhandlung und ausleihbar in jeder öffentlichen Bibliothek!

## Anmerkungen

1. Ich jedenfalls würde eine Vorstellung des zu besprechenden Bandes, seiner Fragestellungen, Quellenbasis, Methodik, Arbeitsweise, Argumentationen, Interpretationen und Ergebnisse erwarten, bevor die Mängel kritisiert werden. Der Rezensent leistet das in keiner Weise, was allerdings genau nur merken wird, wer die 600 und 320 Seiten umfassenden Bände liest. Es sei empfohlen, nach dem Zufallsprinzip einen Beitrag auszuwählen und die Schwarz'sche Wiedergabe dagegen zu halten.
2. Mit einer Publikation abgeschlossen wurde ein Projekt über die Stadt Flensburg (Robert Bohn, Uwe Danker, Nils Köhler (Hg.): *Der „Ausländereinsatz“ in Flensburg 1939–1945*, Bielefeld 2002). Derzeit läuft ein Vorhaben für den Kreis Nordfriesland.
3. Eine ausführliche, auch didaktisch begründete Schilderung der Arbeitsweise erscheint demnächst in Bielefeld in einem von Karl Heinrich Pohl herausgegebenen Sammelband zu Projekten in Schule und Universität.
4. Gerhard Hoch, Rolf Schwarz (Hg.): *Verschleppt zur Sklavenarbeit. Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter in Schleswig-Holstein*, Eigenverlag (Alveslohe und Nützen) 1985.
5. Kritik von Klaus Bästlein im AKENS-Info 7/8 (1986) S. 53–65; Erwiderung von Hoch und Schwarz in AKENS-Info 13 (1988) S. 71ff.
6. Wer wissen will, ob der mutmaßlich zweite

Lagereingang des Lagers in Posemuckel über eine Breite von 40 oder 45 cm verfügte, ob eventuell gar auf der anderen Straßenseite der Bau einer Baracke erwogen wurde und ob der örtliche Wirt auch die Schankerlaubnis im Lager erwarb, der ist also weiterhin auf die markante Homepage der „Forschungsgruppe Zwangsarbeit“, die im Wesentlichen vom Rezensenten bestellt wird, angewiesen.

7. Vgl. S. 91 Buchfassung, wo es um die Frage der nationalen Herkunft von Ausländern auf der Insel Föhr geht: Diese Kritik des Rezensenten brachte uns zu einer kritischen Prüfung des Sachverhalts, die ergab, dass die tatsächliche Ursache in der Sperrung der Nordseeeinseln für polnische Arbeiter bis 1941 lag (Rote Zone), und dass unsere im Gutachten bewusst als Frage gehaltene Formulierung nicht den Hauptgrund lieferte – bezeichnend allerdings, dass die spekulative Gegenthese des Rezensenten völlig haltlos war.
8. Völlig neu und während der Laufzeit des Projektes entstanden zwölf Beiträge; für diese Fassung überarbeitet und gekürzt wurden sechs nicht publizierte und ein bereits publizierter Beitrag.
9. Oder soll das vielleicht sogar heißen: untypisch kriminelle?
10. Es handelt sich keineswegs, wie Schwarz neuerdings immer wieder ausführt, um eine

„Zeitschrift“. – Mit präziser Quellenvorstellung beginnt üblicherweise saubere wissenschaftliche Arbeit. Vgl. meine Vorstellungen auf S. 34ff.

11. Die von Schwarz mir unterstellte „Spitzenposition“ Schleswig-Holsteins habe ich nirgends behauptet!

12. Der Medizinhistoriker Andreas Frewer, Universität Göttingen, in der Mailing-Liste „NS-Zwangsarbeit“ am 9.11.2001: „Das von Danker, Grewe, Köhler, Lehmann et al. erarbeitete Gutachten und das jetzt herausgegebene Buch ist ein ganz hervorragender Beitrag zur Thematik „Zwangsarbeit und Krankheit“. Es ist die erste umfassende (Regional-)Studie, die sich dem – für viele unserer Projekte wichtigen – Querschnittsthema Zwangsarbeit und

Gesundheit widmet. Das Buch beinhaltet sowohl eine beeindruckende Breite der erörterten Themen und Dokumente wie auch eine sehr differenzierte und statistisch beeindruckende Auswertung der Forschungsergebnisse. Ohne an dieser Stelle eine ausführliche Würdigung der engagierten Autoren und der jeweiligen Beiträge vornehmen zu können – dies muss einer separaten längeren Besprechung vorbehalten bleiben – kann man den Band aber schon jetzt als ein wichtiges Standardwerk bezeichnen. Eine auch nur annähernd gute Bearbeitung der Thematik und der erschlossenen Quellenbasis in anderen Regionen und Bundesländern auf diesem Qualitätsniveau wäre für die Gesamtthematik ein historisches Desiderat erster Ordnung.“